

Horst Weishaupt

*Steuerung in der Fläche: entscheidet der  
Wohnort über Bildungschancen?*

Vortrag am 06. Juli 2021

im Rahmen eines Online Kolloquiums zum Thema „**Wunsch  
und Wirklichkeit deutscher Bildungspolitik Steuerung auf  
dem Prüfstand**“ des WZB (Wissenschaftszentrum Berlin für  
Sozialforschung

Formale Bildungsprozesse sind an Einrichtungen gebunden, die nicht immer gleichmäßig im Raum verteilt sind. Dadurch entstehen unterschiedliche Bedingungen des Zugangs zu Bildungsangeboten. Unterschiede der Siedlungsdichte aber auch variierende Bildungsinteressen können dazu ebenso beitragen, wie die Verfügbarkeit und Qualität der Bildungsprogramme und des Bildungspersonals oder die Mobilität der Bildungsteilnehmer. Auch demografische Prozesse können zu regionalen Veränderungen der Bildungsgelegenheiten führen. Problematisch werden Unterschiede in den Bildungsgelegenheiten und der Qualität der Bildungsangebote vor allem dann, wenn regionale mit sozialen Disparitäten zusammenfallen.

## These 1:

**Durch die Abhängigkeit der Bildungsmöglichkeiten vom Angebot gibt es regional variierende Gelegenheitsstrukturen für die Bildungsteilnahme.**

**Dadurch wird eine regional gleichwertige Bildungsteilhabe erschwert und es entstehen teilweise gravierende regionale Bildungsbenachteiligungen, die die Politik weitgehend hinnimmt.**

Das werde ich an wenigen Beispielen erläutern:

# These 1: Elementarbereich und Schule



Ganztagsbetreuungsquote von Kindergartenkindern (3-6 Jahre) und Anteil der Schulkinder in Hortbetreuung in Baden-Württemberg 2018

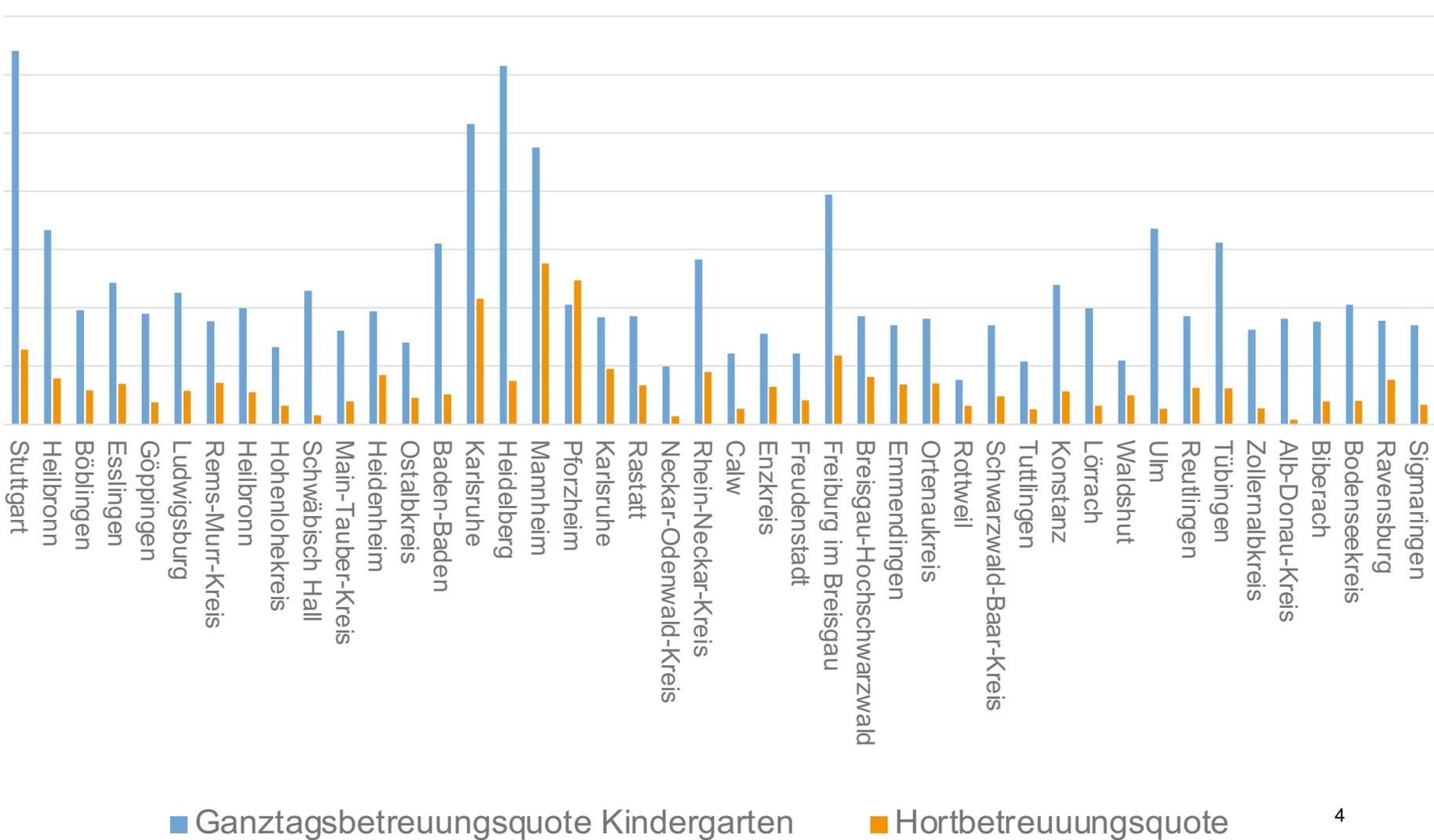
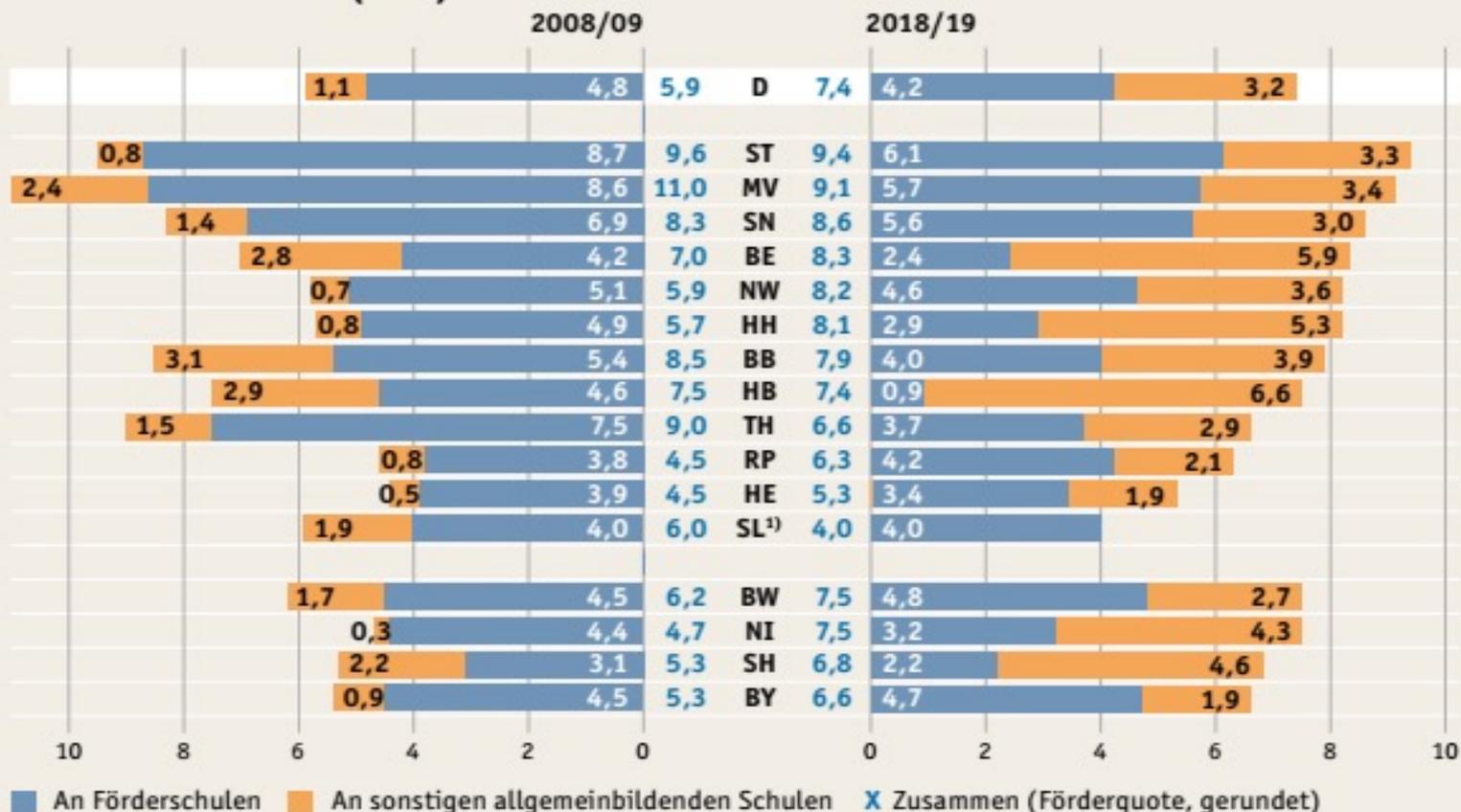


Abb. D2-5: Sonderpädagogische Förderung\* 2008/09 und 2018/19 nach Ländern und Förderort (in %)



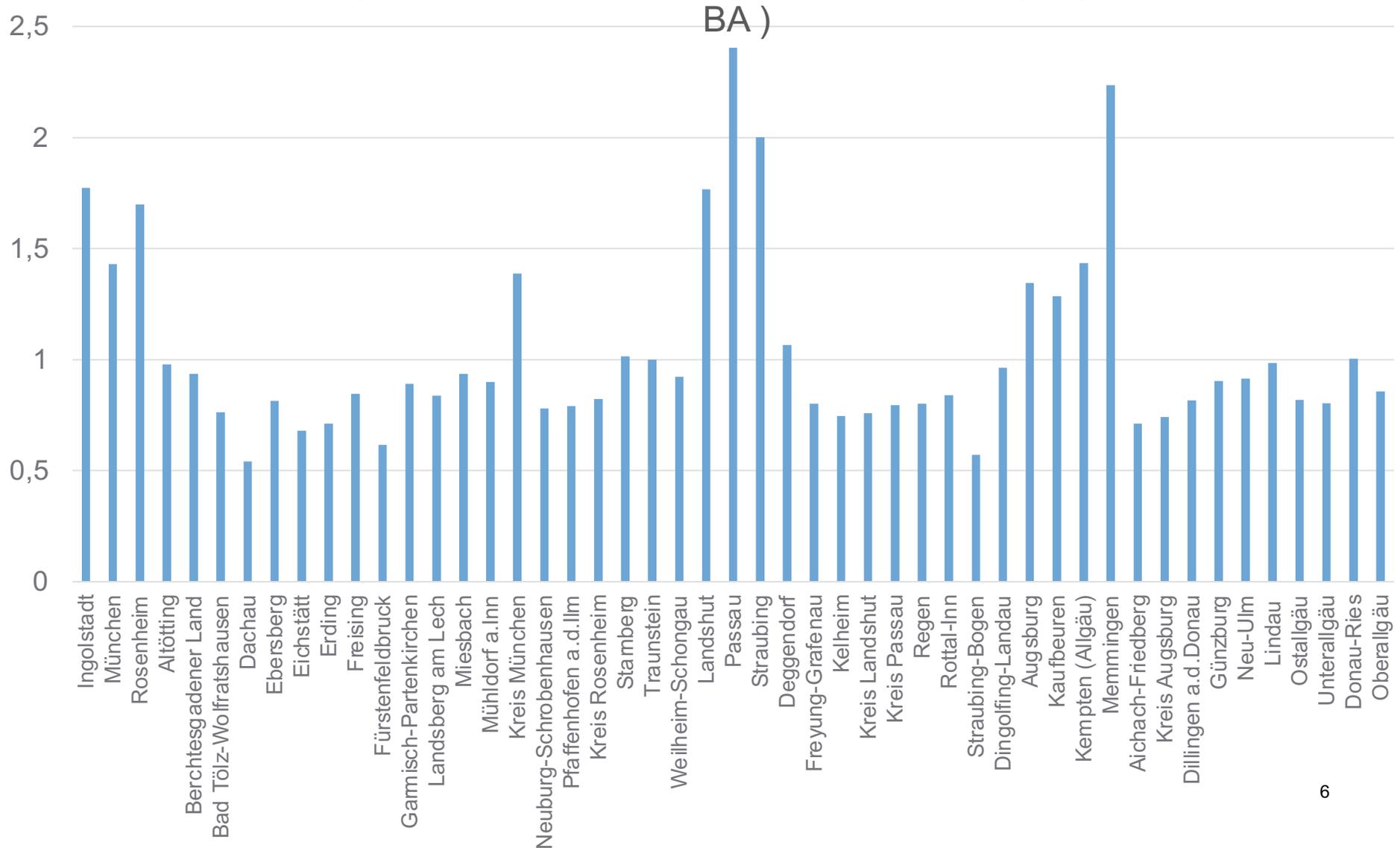
\* In den meisten Ländern werden Schülerinnen und Schüler erfasst, bei denen ein sonderpädagogischer Förderbedarf förmlich festgestellt wurde. In BW, BY, NI und SH wird sonderpädagogische Förderung hingegen unabhängig davon erfasst, ob der Förderbedarf förmlich festgestellt wurde.

1) Da im Saarland die Feststellung eines Förderbedarfs seit 2016 nur noch bei einem Wechsel an eine Förderschule erforderlich ist, ist die quantitative Erfassung der sonderpädagogischen Förderung an sonstigen allgemeinbildenden Schulen nicht mehr möglich.

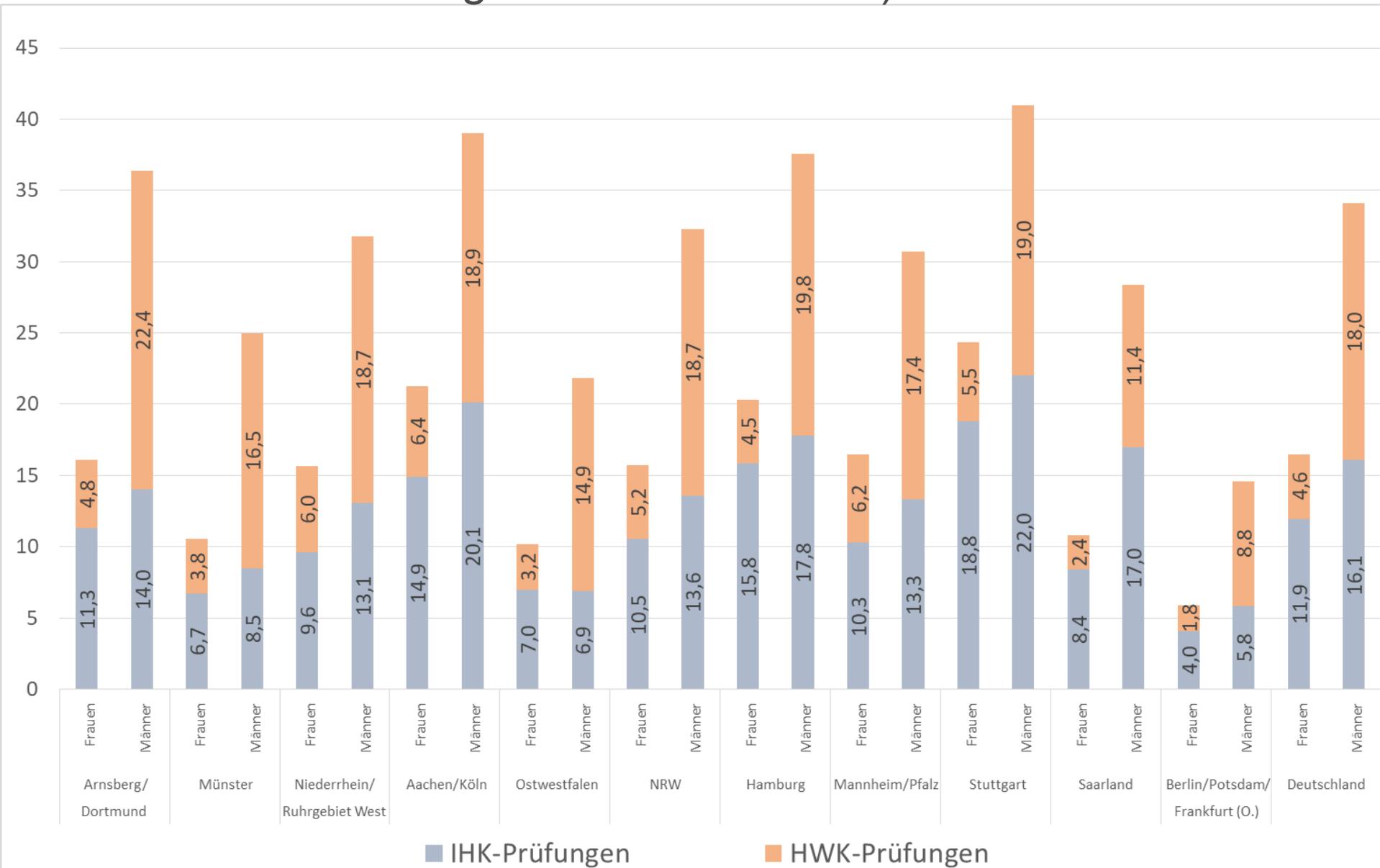
# These 1: Ausbildungsplatznachfrage und Angebot



Auszubildende nach Wohnort in ausgewählten bayerischen Kreisen  
2018 bezogen auf die Auszubildenden am Beschäftigungsort (Quelle:



# These 1: Berufliche Weiterbildung (Quelle : Bildungsbericht Ruhr 2020)



## **These 2:**

**Einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Lage und einer disparitären öffentlichen Infrastrukturversorgung – auch im Bildungswesen - gibt es nicht. Doch bestehen Unterschiede der kommunalen Finanzkraft und ein fehlender kommunaler Finanzausgleich, die zu Bildungsdisparitäten führen.**

## DIPF These 2: Vertikale und horizontale Benachteiligung

---

Die Städte und Gemeinden tragen als Schulträger, durch den Ausbau von Ganztagschulen, die Einstellung von Schulsozialarbeiter:innen, Personal für Hausaufgabenbetreuung, Schulbibliotheken etc. maßgeblich zur Förderung von Schülerinnen und Schüler bei.

Die kommunale Finanzkraft ist aber von der Einkommens- und Gewerbesteuer abhängig. Dadurch verfügen viele Kommunen mit überdurchschnittlichen sozialen Problemen nur über vergleichsweise geringe kommunale Finanzmittel. Einen echten kommunalen Finanzausgleich gibt es nicht.

Deshalb wäre die Angleichung der Finanzkraft der Kommunen ein wichtiger Ansatzpunkt, um regionale Disparitäten im Bildungswesen zu verringern.



### These 3:

**Strukturelle Benachteiligungen entstehen durch die zunehmende Wohnsegregation, ein gegliedertes Schulsystem und eine Bildungspolitik, die einer zunehmenden Segregation der Kinder und Jugendlichen nicht durch gezielte regional und standortspezifisch differenzierte Steuerungsmaßnahmen begegnet.**

**Notwendig wäre eine Finanzierung des Schul- und Elementarbereichs, die den Grundsatz der gleichmäßigen Versorgung verlässt und in ganz erheblichem Umfang die Finanzierung der Einrichtungen nach Bedarf differenziert.**

## These 3: Strukturelle Benachteiligung als Folge zunehmender sozialer Unterschiede der regionalen Nachfrage

---

Im Schulwesen führt die Differenzierung nach Schularten schon immer zu unterschiedlichen Lern- und Entwicklungsmilieus für die Schülerinnen und Schüler, die in den letzten Jahrzehnten durch eine zunehmende soziale Entmischung der Schülerschaft auch zwischen den Schulen einer Schulart zu gravierenden Unterschieden führte: nicht zuletzt auch in der Grundschule. Schulen in schwierigen sozialen Lagen werden in Deutschland inzwischen auch von der Politik beachtet.

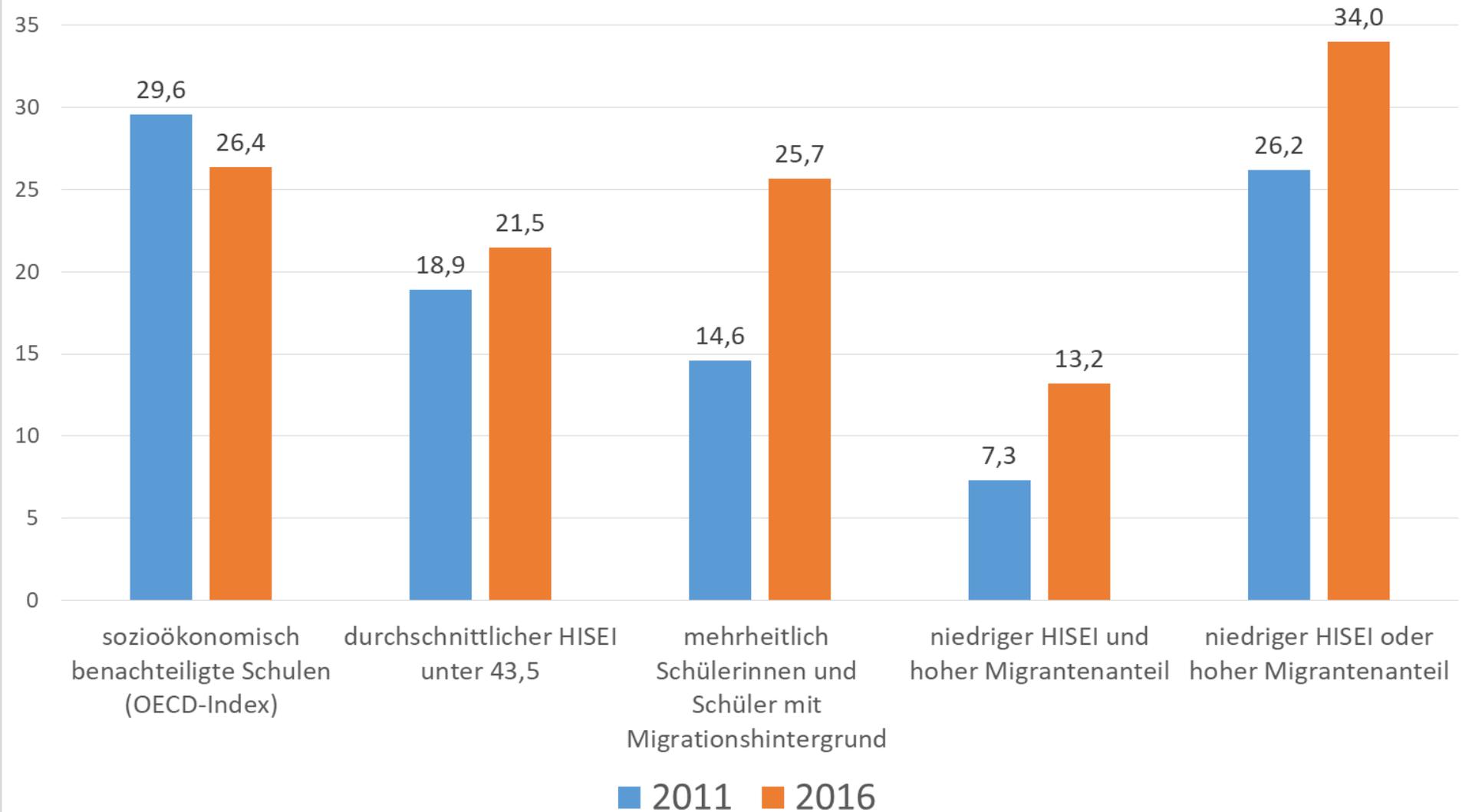
Weniger beachtet wird die häufige Verletzung des Grundsatzes der Gleichbehandlung, was diese Schulen zusätzlich benachteiligt.

Am Beispiel der Schulen in sozial schwierigen Lagen in der Grundschule lässt sich dies anhand der IQB-Schulleistungsvergleiche deutschlandweit belegen (alle berichteten Daten sind nach Klassen gewichtete Werte für öffentliche Schulen, eigene Datenanalysen).

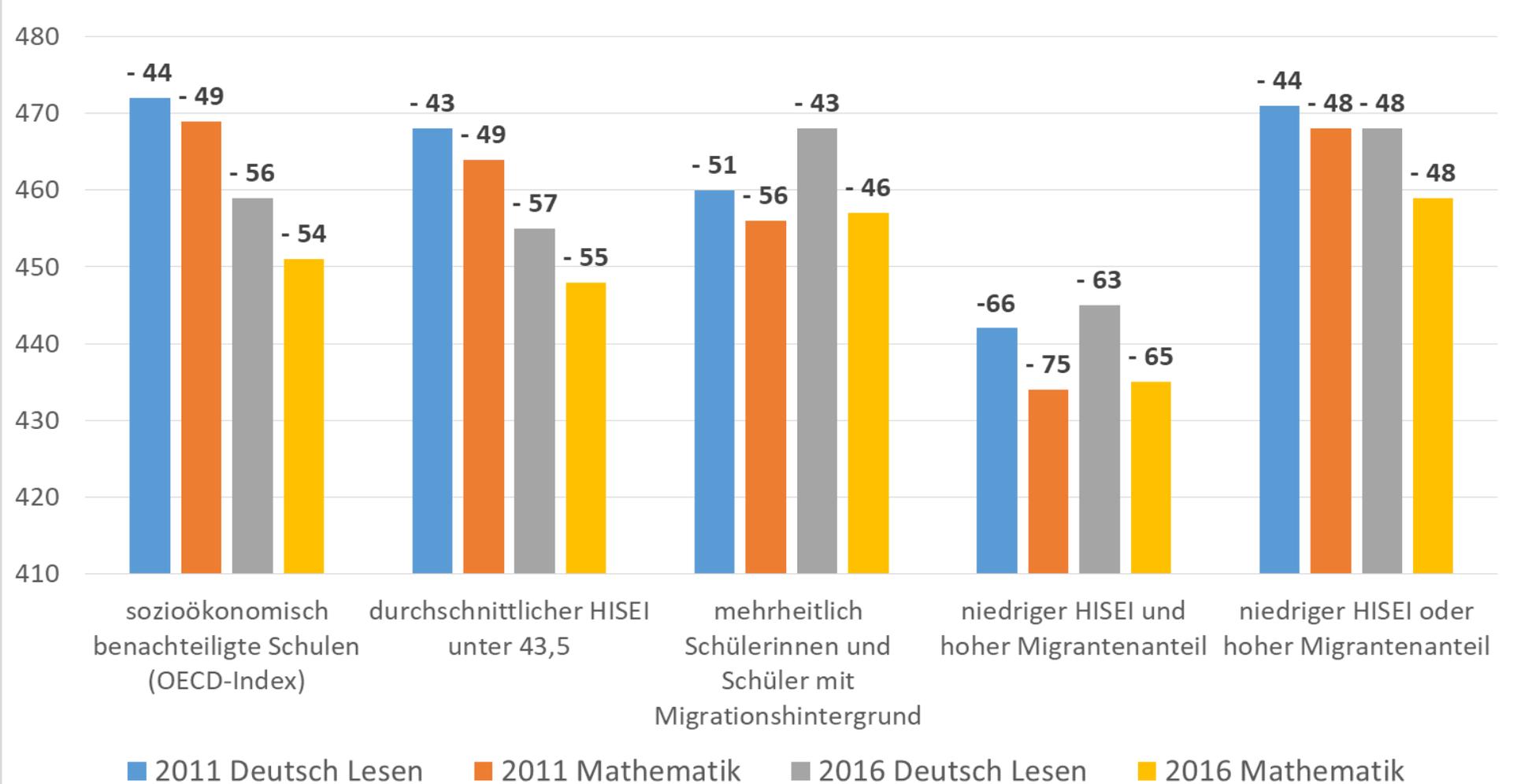


# These 3: Strukturelle Benachteiligung als Folge zunehmender sozialer Unterschiede der regionalen Nachfrage

Anteil der Klassen im 4. Schuljahr in Deutschland mit unterschiedlichen Indikatoren sozial schwieriger Lagen 2011 und 2016 (IQB-Erhebungen)

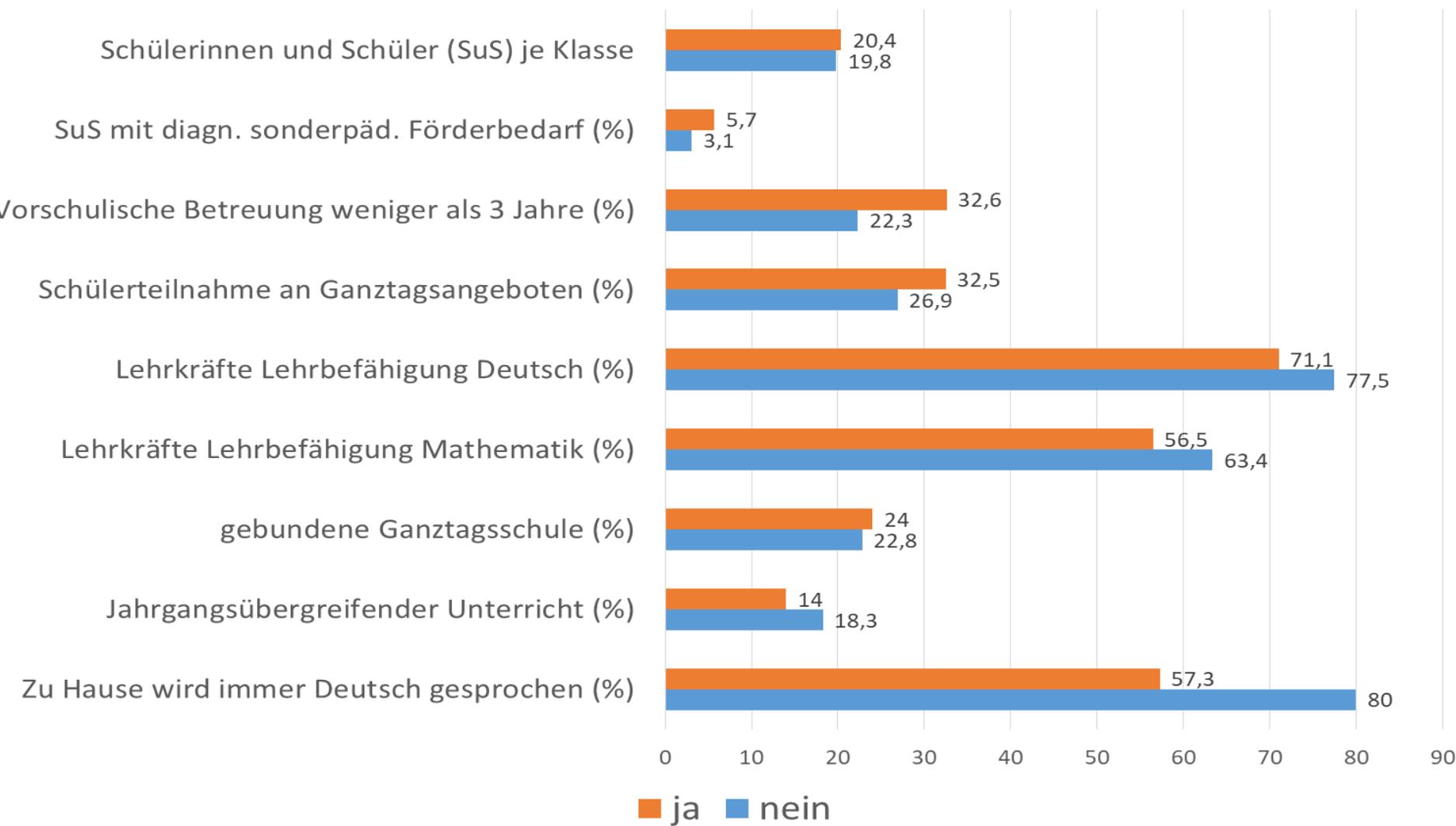


Leistungsniveau der Klassen mit unterschiedlichen sozial schwierigen Lagen 2011 und 2016 und Leistungsrückstand gegenüber den Klassen ohne diese Merkmale (IQB-Metrik)



# These 3: Strukturelle Benachteiligung als Folge zunehmender sozialer Unterschiede der regionalen Nachfrage

Grundschulklassen mit niedrigem HISEI und/oder hohem Migrantanteil im Vergleich zu den übrigen 66% Grundschulklassen in Deutschland 2016



# These 3: Strukturelle Benachteiligung als Folge zunehmender sozialer Unterschiede der regionalen Nachfrage

Kreise Deutschlands mit sozial schwierigen Lagen der Kinder im Grundschulalter (Quelle: Zensus, BA)

<b>Kreise mit sehr hoher SGBII-Quote und niedrigem Migrantenanteil</b>	<b>Kreise mit sehr hoher SGBII-Quote und durchschnittlichem Migrantenanteil</b>	<b>Kreise mit hoher SGBII-Quote und hohem Migrantenanteil</b>	<b>Kreise mit sehr hoher SGBII-Quote und hohem Migrantenanteil</b>
Brandenburg an der Havel	Berlin	Salzgitter	Delmenhorst
Frankfurt (Oder)	Bremerhaven	Bremen	Essen
Uckermark	Wilhelmshaven	Düsseldorf	Mönchengladbach
Greifswald		Duisburg	Gelsenkirchen
Neubrandenburg		Krefeld	Offenbach am Main
Rostock		Wuppertal	
Schwerin		Köln	
Stralsund		Bielefeld	
Demmin		Dortmund	
Uecker-Randow		Hagen	
Leipzig		Hamm	
Halle (Saale)		Herne	
Magdeburg		Frankfurt am Main	
Salzlandkreis		Wiesbaden	
Stendal		Kassel	
Gera		Kaiserslautern	
		Ludwigshafen am Rhein	
		Worms	
		Mannheim	
		Pforzheim	
		Weiden i.d.OPf.	
		Hof	
		Nürnberg	

## These 4:

**Die demografische Entwicklung wird die Schulpolitik dazu herausfordern, an unterschiedliche regionale Bedingungen angepasste Handlungsstrategien zu entwickeln. Bisher wird diese Notwendigkeit angesichts der damit verbunden Konflikte verdrängt.**

Angesichts der stark schrumpfenden Bevölkerung im Erwerbsalter in der Zukunft entstehen regional unterschiedliche Herausforderungen:

1. Ländliche Regionen mit stagnierender oder schrumpfender Bevölkerung benötigen Maßnahmen zur Sicherung der Bildungsinfrastruktur, verbesserte Chancen für Junge, in der Herkunftsregion Beschäftigung zu finden. Notwendig sind daran angepasste Bildungsangebote (Bedeutung der beruflichen Schulen!).

2. Großstädte mit mehr Beschäftigten (am Arbeitsort) als Erwerbstätigen (am Wohnort) werden qualifizierte Arbeitskräfte kaum ausreichend ersetzen können. Sie müssen die Bildungsförderung von Migranten erheblich verbessern, über echte Ganztagsangebote die Bedingungen für Frauenerwerbstätigkeit verbessern. Umfangreiche Bildungsprogramme für Unqualifizierte sind notwendig, um ihnen Beschäftigungsmöglichkeiten trotz steigenden Qualifikationsbedarfs zu eröffnen.

3. Die Konflikte zwischen Regionen mit unterschiedlichen Problemkonstellationen durch den demografischen Wandel werden zunehmen. Interessen der Landespolitik werden mit Entwicklungsinteressen von Kreisen innerhalb des Landes kollidieren. Politische Handlungsstrategien müssen die unterschiedlichen Problemlagen berücksichtigen.

**Vielen Dank!**

**Kontakt:**

Prof. i. R. Dr. Horst Weishaupt

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation

Rostockerstr. 29

60323 Frankfurt am Main

[weishaupt@dipf.de](mailto:weishaupt@dipf.de)